



Bozen, 21.01.2021

Bearbeitet von:
Karin Fallaha
Tel. 0471/417534
Karin.Fallaha@provinz.bz.itAn die Direktionen
der Grundschulsprengel
der Schulsprengel
der Mittelschulen
der Oberschulen
der Berufs- und Fachschulen
Musikschulen

Mitteilung

Fernunterricht – datenschutzrechtliche und urheberrechtliche Aspekte

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,

bekanntlich wird laut Artikel 20 des Landesgesetzes vom 19. August 2020, Nr. 9, aufgrund der epidemiologischen Ausbreitung des SARS-CoV-2 der Unterricht im Schuljahr 2020/2021 sowohl in Präsenz als auch in unterschiedlichen Formen des Lernens erteilt (z.B. selbstorganisiertes Lernen oder Fernunterricht). In Zusammenhang mit der Durchführung des Fernunterrichts in der Form von Videoaufzeichnungen oder Live-Streamings erhalten Sie nachfolgend einige datenschutzrechtliche und urheberrechtliche Informationen.

1. Datenschutz

a. Allgemeines

Laut Artikel 4 Ziffer 1 der Datenschutzgrundverordnung 2016/679 (DSGVO) sind Bilder, Fotos und Videos einer Person personenbezogene Daten. Bei der Aufzeichnung bzw. beim Streamen von Unterricht sind somit laut DSGVO u.a. auch die Grundsätze für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu beachten (z.B. Grundsatz der Rechtmäßigkeit oder der Verarbeitung nach Treu und Glauben). Im Sinne des Grundsatzes der Datenminimierung könnte beispielsweise bei einem Live-Stream oder bei einer Videoaufzeichnung die Einstellung der Kamera ausschließlich auf die Lehrperson gerichtet werden, um nicht alle Schülerinnen und Schüler zu filmen.

Die Datenschutzbehörde hat mit Maßnahme vom 26. März 2020 erste Leitlinien für die rechtmäßige und sichere Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Fernunterricht erstellt (vergleiche hierzu die beigelegte Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 26.3.2020).

b. Einwilligung der betroffenen Person

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Schule befugt ist, personenbezogene Daten (einschließlich der besonderen Kategorien von Daten) von Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und Erziehungsverantwortlichen auch im Fernunterricht zu verarbeiten, ohne dass hierfür eine ausdrückliche Einwilligung der oben genannten Personen eingeholt werden muss; die Schule muss als öffentliche Körperschaft grundsätzlich nie eine Einwilligung für die Datenverarbeitung einholen, da sie die Daten für eine Aufgabe verarbeitet, die im öffentlichen Interesse liegt (siehe hierzu Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) der DSGVO 2016/679).



Die Durchführung von Fernunterricht (es handelt sich um eine besondere Form von Unterricht) zählt nämlich auch zu den institutionellen Aufgaben der Schule, womit auch hierfür keine ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Personen eingeholt werden muss (siehe dazu auch Artikel 1 Absatz 3 der genannten Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 26.3.2020: *„Non deve pertanto essere richiesto agli interessati (docenti, alunni, studenti, genitori) uno specifico consenso al trattamento dei propri dati personali funzionali allo svolgimento dell'attività didattica a distanza, in quanto riconducibile – nonostante tali modalità innovative – alle funzioni istituzionalmente assegnate a scuole ed atenei.“*).

c. Informationspflicht

Auch für die Durchführung von Fernunterricht gelten die Informationspflicht und das Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 und 14 der DSGVO: Die Schule ist verpflichtet, die Transparenz der Datenverarbeitung zu gewährleisten, indem sie die betroffenen Personen (z.B. Schülerinnen und Schüler, Erziehungsverantwortliche und Lehrpersonen) – in einer auch für Minderjährige leicht verständlichen Sprache – informiert (vergleiche Artikel 5 der zitierten Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 26.3.2020: *“Al fine di garantire la trasparenza e la correttezza del trattamento, le istituzioni scolastiche e universitarie devono assicurare la trasparenza del trattamento informando gli interessati (alunni, studenti, genitori e docenti), con un linguaggio comprensibile anche ai minori, in ordine, in particolare, alle caratteristiche essenziali del trattamento, che deve peraltro limitarsi all'esecuzione dell'attività didattica a distanza, nel rispetto della riservatezza e della dignità degli interessati.”*).

Die Schülerinnen und Schüler und die Erziehungsverantwortlichen haben von der Schule bei der Online-Einschreibung, die Lehrpersonen hingegen bei der Begründung ihres Arbeitsverhältnisses ein allgemeines Informationsschreiben erhalten.

In der Anlage finden Sie eine Datenschutzerklärung, die spezifische Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Zusammenhang mit der Durchführung des Fernunterrichts enthält. Es wurde eine Datenschutzerklärung für die Erziehungsverantwortlichen und eine für die Lehrpersonen ausgearbeitet; diese können Sie demnächst den betreffenden Personen zuschicken oder aushändigen.

d. Aufzeichnung einer Unterrichtsstunde durch die Schülerinnen und Schüler

Artikel 71-sexies des Gesetzes vom 22. April 1941, Nr. 633, bestimmt Folgendes: *„Die private Vervielfältigung von Ton- und Video- Aufzeichnungen auf beliebigen Trägern durch eine natürliche Person ausschließlich zum persönlichen Gebrauch ist unter der Bedingung erlaubt, dass sie nicht gewerbsmäßig und weder für direkte noch für indirekte kommerzielle Zwecke erfolgt, und dass die technischen Maßnahmen laut Artikel 102/quater berücksichtigt werden.“* Aus urheberrechtlicher Sicht sieht der Artikel 71-sexies also kein grundsätzliches Aufzeichnungsverbot vor.

Auch aus datenschutzrechtlicher Sicht ist eine Aufzeichnung einer Unterrichtsstunde für persönliche Zwecke erlaubt. Die DSGVO legt nämlich fest, dass diese keine Anwendung auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten findet, wenn die Verarbeitung von natürlichen Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten vorgenommen wird (vergleiche Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c) der genannten DSGVO). In diesem Sinne ist die Aufzeichnung der Unterrichtsstunde (und somit auch die eines Streamings) nicht verboten, sofern diese Aufzeichnungen ausschließlich für private Zwecke dienen (z.B. weil der Schüler oder die Schülerin zu Hause den Unterrichtsstoff erneut vertiefen möchte; auch in den Rahmenrichtlinien des Landes ist im fächerübergreifenden Lernbereich Gesellschaftliche Bildung vorgesehen, dass Schülerinnen und Schüler die digitalen Technologien als Werkzeug für eigenständiges Lernen nutzen). Eine ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Personen ist nur dann erforderlich, wenn die Aufzeichnungen veröffentlicht (z.B. auf sozialen Netzwerken, Youtube usw.) oder anderweitig an Dritte weitergeleitet werden. In diesem Sinne hat sich auch die Datenschutzbehörde ausgesprochen: *„È lecito registrare la lezione per scopi personali, ad esempio per motivi di studio individuale, compatibilmente con le specifiche disposizioni scolastiche al riguardo. Per ogni altro utilizzo o eventuale diffusione, anche su Internet, è necessario prima informare le persone coinvolte nella registrazione (professori, studenti...) e ottenere il loro consenso“* (siehe hierzu die FAQs der Datenschutzbehörde unter: <https://www.garanteprivacy.it/web/guest/home/faq/scuola-e-privacy>).

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass aus den FAQs des Unterrichtsministeriums eine restriktive Auslegung in Bezug auf die Aufzeichnung einer Unterrichtsstunde durch die Schülerinnen und Schüler hervorgeht, wenn durch diese Aufzeichnung das Unterrichtsgeschehen („dinamiche di classe“)



sichtbar ist (vergleichen Sie dazu Abschnitt 11 Frage Nr. 3 der FAQs des Unterrichtsministeriums: *„Nell’ambito della didattica digitale integrata il docente può mettere a disposizione degli studenti, anche per il tramite delle piattaforme utilizzate a tali fini, materiali didattici consistenti anche in proprie video lezioni, su specifici argomenti, per la consultazione e i necessari approfondimenti da parte degli alunni. Diversamente non è invece ammessa la video registrazione della lezione a distanza in cui si manifestano le dinamiche di classe. Ciò in quanto l'utilizzo delle piattaforme deve essere funzionale a ricreare lo “spazio virtuale” in cui si esplica la relazione e l'interazione tra il docente e gli studenti, non diversamente da quanto accade nelle lezioni in presenza.“*). Dies könnte dann der Fall sein, wenn bei einer gestreamten Unterrichtsstunde nicht nur die Lehrperson, sondern zusätzlich auch die anwesenden Schülerinnen und Schüler mitgefilmt werden.

In diesem Sinne sollte unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datenminimierung bei einer gestreamten Unterrichtsstunde die Einstellung der Kamera ausschließlich auf die Lehrperson gerichtet werden, um nicht alle Schülerinnen und Schüler zu filmen. Auf diese Weise ist die Aufzeichnung der gestreamten Unterrichtsstunde durch den Schüler oder die Schülerin erlaubt, weil das Unterrichtsgeschehen („dinamiche di classe“) nicht sichtbar ist bzw. die anwesenden Schülerinnen und Schüler nicht abgebildet oder gefilmt werden.

Fazit: die Aufzeichnung des Unterrichts in Präsenz und im Fernunterricht, einschließlich die des gestreamten Unterrichts ist nicht verboten, insofern diese ausschließlich für private Zwecke erfolgt. Wenn freilich die Schule in ihrer Schulordnung ein allgemeines Handyverbot oder ein Verbot der Nutzung von anderen elektronischen Geräten verankert hat, dürfen diese Geräte selbstverständlich nicht verwendet werden und der Unterricht in Präsenz nicht aufgezeichnet werden.

e. Problematiken mit Aufzeichnungen des Unterrichts

Bei der Aufzeichnung des Unterrichts könnte es vorkommen, dass eine Schülerin oder ein Schüler widerrechtlich das Videomaterial verwendet (d.h. ohne Erlaubnis der betroffenen Person die Aufzeichnung an Dritte weiterleitet oder z.B. ins Internet stellt). Eine solche unerlaubte Verwendung kann grundsätzlich von der Schule nicht beaufsichtigt oder verhindert werden. Eine unrechtmäßige Verwendung der Aufzeichnungen könnte u.U. nicht nur zivilrechtlich (z.B. gemäß Artikel 10 ZGB), sondern auch strafrechtlich (z.B. gemäß Artikel 595 des Strafgesetzbuches - üble Nachrede) geahndet werden.

Einer solchen unautorisierten Verwendung könnte vorgebeugt werden, indem man die Schülerinnen und Schüler und eventuell auch die Erziehungsverantwortlichen klar und deutlich über die rechtlichen Folgen dieser unerlaubten Verwendung informiert (z.B. durch eine Mitteilung, in der auch gegebenenfalls ausdrücklich die Verbreitung des Videomaterials untersagt wird). Auch könnten die Lehrpersonen die unerlaubte Verbreitung von Daten, Videos oder Aufzeichnungen und die damit zusammenhängenden rechtlichen Problematiken im Unterricht thematisieren bzw. in didaktisch-pädagogischer Sicht aufarbeiten (z.B. im Rahmen der gesellschaftlichen Bildung im Teilbereich Digitalisierung).

2. Videoaufzeichnungen und Streaming - das Recht am eigenen Bild

Das Recht am eigenen Bild kann als Recht definiert werden, anhand welchem Abbildungen einer erkennbaren Person grundsätzlich nur dann verbreitet werden dürfen, wenn deren Einwilligung vorliegt.

Im italienischen ZGB ist das Recht am eigenen Bild von Artikel 10 geschützt. Dieser bestimmt: *„Wird das Bild einer Person oder ihrer Eltern, ihres Ehegatten oder ihrer Kinder außer in den Fällen, in denen das Gesetz die Ausstellung oder die Veröffentlichung zulässt, oder unter Beeinträchtigung der Würde oder des Rufes eben dieser Person oder der genannten Angehörigen ausgestellt oder veröffentlicht, so kann die Gerichtsbehörde auf Antrag des Betroffenen die Unterlassung des Missbrauchs anordnen, wobei Schadenersatzansprüche unberührt bleiben“*.

Das Recht am eigenen Bild ist zudem im Gesetz vom 22. April 1941, Nr. 633 („Schutz des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte“), geregelt. Artikel 96 des genannten Gesetzes Nr. 633/1941 sieht vor, dass das Bildnis einer Person nicht ohne Zustimmung dieser Person ausgestellt, vervielfältigt oder in den Handel gebracht werden darf, sofern nicht Artikel 97 zutrifft. Artikel 97 des zitierten Gesetzes Nr. 633/1941 enthält folgende Ausnahme: *„Nicht erforderlich ist die Zustimmung der abgebildeten Person, wenn die Vervielfältigung des Bildnisses wegen der Bekanntheit oder des bekleideten öffentlichen Amtes, wegen gerichtstechnischer oder polizeilicher Erfordernisse oder wegen wissenschaftlicher, didaktischer oder kultureller Zwecke*



gerechtfertigt ist, wenn die Abbildung mit Ereignissen, Geschehen oder Veranstaltungen in Zusammenhang steht, die von öffentlichem Interesse sind oder in der Öffentlichkeit stattgefunden haben.“ Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es erlaubt ist, Bilder, Fotos oder Videos, die im Zusammenhang mit didaktischen Zwecken erstellt werden, zu verarbeiten ohne dass es einer Zustimmung der abgebildeten Person bedarf; selbstverständlich dürfen dabei nicht die Ehre, der Ruf oder die Würde der betreffenden Personen verletzt werden.

Fazit: Auch aus urheberrechtlicher Sicht können zu didaktischen Zwecken Bilder und Videos verarbeitet werden, ohne dass es einer Zustimmung der abgebildeten Person bedarf.

Mit freundlichen Grüßen

Der Abteilungsdirektor und Datenschutzbeauftragte der Schulen
Stephan Tschigg
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Datenschutzerklärung der Schülerinnen und Schüler sowie Datenschutzerklärung der Lehrpersonen
- Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 26.3.2020

Papierausdruck für Bürgerinnen und Bürger ohne digitales Domizil

(Artikel 3-bis Absätze 4-bis, 4-ter und 4-quater des
gesetzesvertretenden Dekretes vom 7. März 2005, Nr. 82)

Dieser Papierausdruck stammt vom Originaldokument in elektronischer Form, das von der unterfertigten Verwaltung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erstellt wurde und bei dieser erhältlich ist.

Der Papierausdruck erfüllt sämtliche Pflichten hinsichtlich der Verwahrung und Vorlage von Dokumenten gemäß den geltenden Bestimmungen.

Das elektronische Originaldokument wurde mit folgenden digitalen Signaturzertifikaten unterzeichnet:

Name und Nachname / nome e cognome: STEPHAN TSCHIGG

Steuernummer / codice fiscale: TINIT-TSCSPH72A07A952D

certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2

Seriennummer / numero di serie: 118d395

unterzeichnet am / sottoscritto il: 21.01.2021

*(Die Unterschrift der verantwortlichen Person wird auf dem Papierausdruck durch Angabe des Namens gemäß Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Februar 1993, Nr. 39, ersetzt)

Am 21.01.2021 erstellte Ausfertigung

Copia cartacea per cittadine e cittadini privi di domicilio digitale

(articolo 3-bis, commi 4-bis, 4-ter e 4-quater del decreto
legislativo 7 marzo 2005, n. 82)

La presente copia cartacea è tratta dal documento informatico originale, predisposto dall'Amministrazione scrivente in conformità alla normativa vigente e disponibile presso la stessa.

La stampa del presente documento soddisfa gli obblighi di conservazione e di esibizione dei documenti previsti dalla legislazione vigente.

Il documento informatico originale è stato sottoscritto con i seguenti certificati di firma digitale:

*(firma autografa sostituita dall'indicazione a stampa del nominativo del soggetto responsabile ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 12 febbraio 1993, n. 39)

Copia prodotta in data 21.01.2021